

+++ „Die Vorzüge der Windhühner“ (1956) +++ „Die Blechtrommel“ (1959) +++ „Katz und Maus“ (1961) +++ „Hundejahre“ (1963) +++

Abschied von Günter Grass



Mit der „Blechtrommel“ hat er Weltliteratur geschrieben, mit seinen politischen Äußerungen verändert, aufgerüttelt, Ablehnung provoziert: Günter Grass ist tot. Der Literaturnobelpreisträger ist am Montag im Alter von 87 Jahren in Lübeck gestorben. „Ein wahrer Gigant“, schreibt der Schriftsteller Salman Rushdie. „Sein Vermächtnis wird neben Goethe stehen“, sagt Kulturlaatsministerin Monika Grütters. Die Literaturwelt verneigt sich. FOTO: DPA

Berichte Seiten 4 und 5

Bremen vergeudet mehrere Millionen

Bremen (jse). Bremen hat erneut mehrere Millionen Euro an Steuergeld verschwendet. Zu diesem Urteil kommt die Präsidentin des Landesrechnungshofs, Bettina Sokol. Am Montag stellte sie den Jahresbericht 2015 vor. Darin bemängelt sie unter anderem, dass Behörden und öffentliche Einrichtungen sogar bei millionenschweren Projekten vorab oft keine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vornehmen, obwohl sie rechtlich verpflichtend sind. Als Beispiel nennt sie die Hochschulanerung für 6,5 Millionen Euro. „Geltendes Recht ist zu befolgen“, mahnt Sokol. Nur so lasse sich die Gefahr explodierender Kosten bannen. Laut Rechnungshof stiegen die steuerabhängigen Einnahmen in Bremen für das Haushaltsjahr 2014 um acht Prozent an. Aufgrund gestiegener Ausgaben erhöhten sich die Schulden allerdings um 20,4 Millionen Euro. Für Sokol besonders bemerkenswert: Trotz weniger öffentlich beschäftigten Personals stiegen die Personalausgaben im Gesamthaushalt um 1,6 Prozent auf rund 1,63 Milliarden Euro an. Einer der Gründe: die gestiegenen Kosten für Beamtenpensionen.

Kommentar Seite 2-Bericht Seite 9

Morddrohungen gegen Ramelow

Erfurt. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) ist vor dem Hintergrund der Aufnahme von Flüchtlingen mit dem Tod bedroht worden. Das bestätigte sein Sprecher in Erfurt am Montag über den Internet-Kurznachrichtendienst Twitter. Zuvor hatte Ramelow der „Thüringischen Landeszeitung“ bereits gesagt, er habe unter anderem per E-Mail drei schriftliche Morddrohungen erhalten. Ihm sei auch ein Brief mit weißem Pulver zugesandt worden, was eine kriminaltechnische Untersuchung ausgelöst habe. Dem Bericht zufolge hatte eine „erhöhte Gefährdungslage“ dazu geführt, dass Ramelow vor zwei Wochen mit einem schwerer als üblich gepanzerten Auto unterwegs war. Ein Sprecher der Erfurter Staatskanzlei wollte sich zu weiteren Einzelheiten am Montag nicht äußern. Die Sicherheitsvorkehrungen würden „lageabhängig“ angepasst, sagte er. Am Wochenende hatte auch die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), von gegen sie gerichteten Drohungen berichtet. Nahezu täglich gingen „Hassmails“ in ihrem Büro ein.

Kommentar Seite 2-Berichte Seite 3

Werder verlängert Redeverbot

Bremen. Werder hat das Redeverbot für seine Spieler verlängert. Bis zum Nordderby am Sonntag gegen den Hamburger SV darf nur Kapitän Clemens Fritz einmal mit den Journalisten sprechen – am Mittwoch. An allen anderen Tagen entfallen die sonst üblichen Gespräche in der Mixed Zone, auch Einzel-Interviews wird es nicht geben. Zudem ist das Training am Freitag und Sonnabend geheim. Zunächst hatten die Bremer Fußballer direkt nach dem 2:3 am Sonntag beim VfB Stuttgart einen Maulkorb bekommen. Später hieß es, sie dürften auch am Montag nicht reden. Nun haben Trainer Viktor Skripnik und Geschäftsführer Thomas Eichin die ungewöhnliche Maßnahme auf die ganze Woche ausgeweitet. Eichin umschrieb sie so: „Schotten dicht.“ Nach dem letzten Spieltag dieser Saison plant Werder eine einwöchige Reise nach Indonesien. Klaus Filbry, Vorsitzender der Geschäftsführung, sagte, sein Klub stehe in Verhandlungen, es seien noch ein paar Fragen zu klären. Die Reise soll Werder nach Informationen des WESER-KURIER rund 300.000 Euro bringen. Bericht Seite 23

Bremen will Terrorabwehr selbst regeln

SPD-Innenminister pochen bei Tagung auf Länderhoheit / CDU-Fraktionschefs sehen dagegen den Bund gefordert

VON RALF MICHEL

Bremen. „Die Gefahrenabwehr in einem föderalen System ist Sache der Länder“, formulierte Innensenator Ulrich Mäurer am Montag eine Grußadresse der SPD-Innenminister aus neun Bundesländern an Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Dass eine Bundesbehörde eingreife oder gar einen Einsatz übernehme und leite, sei „völlig unvorstellbar“. Dies sei verfassungswidrig. Außerdem fehle es den Bundesbehörden hierfür auch an Kompetenz.

Die sozialdemokratischen Innenressortchefs, die zu einer Konferenz in Bremen zusammenkamen, reagierten damit auf Überlegungen von de Maizière zur Aufstellung von Anti-Terror-Einheiten bei der Bundespolizei sowie die jüngst diskutierte Ausweitung der Kompetenzen des Bundeskriminalamtes bei der Bekämpfung der islamistischen Terrorgefahr (wir berichteten).

Dass man dies auch anders sehen kann, erklärten die CDU-Fraktionsvorsitzenden der fünf norddeutschen Bundesländer, die am Montag ebenfalls in Bremen tagten. Sie sprachen sich dafür aus, eine grundsätzliche Zuständigkeit des Bundes bei Terrorla-

gen zu prüfen. „Die Pannen in Bremen haben gezeigt, dass die föderale Sicherheitsarchitektur nicht beschaffen ist, um Terrorlagen zu bewältigen“, sagte Bremens CDU-Fraktionschef Thomas Röwekamp. „Wir sollten diskutieren, ob dies nicht der Bund zukünftig unterstützt und koordiniert.“

Die SPD-Innenminister sehen hierfür keinen Anlass. Das föderale System habe sich bewährt, man sei schon heute in der Lage, über Ländergrenzen hinweg ausreichend Spezialkräfte zusammenzuziehen. Doch dafür trügen allein die Länder die Verantwortung. Helfen würde dagegen, wenn der Bund seinen finanziellen Aufgaben bei der Ausstattung der Bereitschaftspolizei nachkäme. Hier sehe man Nachholbedarf nicht im Aufstellen neuer Einheiten.

Kritik an Flüchtlingspolitik

Weiteres Thema der SPD-Minister- und Senatoren bei ihrem Treffen in Bremen war die anhaltend starke Anknüpfung von Flüchtlingen. Man bekenne sich ausdrücklich zu einer humanitären Flüchtlingspolitik, betonte Ralf Jäger, Innenminister von Nordrhein-Westfalen und Sprecher der Konferenz. Doch derzeit würden ausschließlich

Länder und Kommunen den Druck durch die hohen Flüchtlingszahlen spüren. Erforderlich sei eine strukturelle finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten für Flüchtlinge. Denn bislang übernehme der Bund lediglich das Verwaltungsverfahren und habe noch dazu keinerlei Anreize, diese zügig abzuhandeln. 200.000 unbearbeitete Asylanträge gebe es derzeit, doppelt so viel wie vor einem Jahr. „Das ist verantwortungslos“, so Jäger.

Kritik übten die SPD-Ressortchefs auch an der Bearbeitungsdauer von Asylanträgen. Die liege derzeit bei über einem halben Jahr. Und dies, obwohl im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD drei Monate vereinbart worden seien. Entsprechende Bemühungen seitens der Bundesregierung könne man nicht erkennen, erklärte Jäger. Daraus abgeleitet lautet eine Forderung der SPD-Minister: Dauert ein Antragsverfahren länger als drei Monate, übernimmt der Bund alle Kosten für Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge. Eine zweite Forderung betrifft die personelle Ausstattung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Noch in diesem Jahr müssten hier 1000 weitere Stellen ge-

schaffen werden. Zuspruch erhielt das Land Bremen in diesem Zusammenhang für die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung, die die Umverteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auf andere Bundesländer ermöglicht. „Wir unterstützen die Position Bremens ausdrücklich“, stellte Ralf Jäger klar. Dieses Problem müssten alle Bundesländer gemeinsam stemmen.

Streit mit DFL ein Bremer Problem

Bei einem anderen Thema blieb der sozialdemokratische Schulterschluss mit dem Bremer Kollegen dagegen aus: Beim Versuch, die Deutsche Fußball Liga (DFL) bei sogenannten Risikospiele an den Kosten für Polizeieinsätze zu beteiligen, steht Ulrich Mäurer weiterhin allein auf weiter Flur. Ralf Jäger sprach von einem „Bremer Problem“ und davon, dass man die Situation in der Hansestadt nicht auf andere Bundesländer übertragen könne. Zudem würden ohnehin Gerichte über den Bremer Vorstoß entscheiden. „Wir warten jetzt erstmal ab, wie diese Verfahren ausgehen. Daraus ergibt sich dann eine innenpolitische Diskussionsgrundlage.“

Osteuropa gibt immer mehr Geld fürs Militär aus

Stockholm. Die Ukraine-Krise lässt die Militärausgaben in Osteuropa laut einer neuen Studie in die Höhe schnellen. Wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri am Montag mitteilte, steigen die Aufwendungen vor allem in den Konfliktstaaten Ukraine und Russland sowie den baltischen Ländern Estland, Lettland und Litauen deutlich an. Auch in Polen ist demnach ein starker Zuwachs zu beobachten, der teils aber auf langfristige Pläne zur Modernisierung der Streitkräfte zurückzuführen sei. Für die westlichen NATO-Staaten meldete Sipri überwiegend Rückgänge oder Stagnation. Weltweit sanken die Rüstungsausgaben damit leicht um 0,4 Prozent

auf 1,78 Billionen Dollar (1,68 Billionen Euro).

In der Ukraine betrug die Ausgabensteigerung dem Institut zufolge im Vergleich der Jahre 2013 und 2014 geschätzt 23 Prozent. Da die tatsächlichen Kosten des andauernden Konflikts aber schwer zu ermitteln seien, sei der Anstieg wahrscheinlich höher. Für das laufende Jahr rechnet Sipri mit einer Verdopplung der Ausgaben. Russland belegt mit seinen Militärausgaben weiterhin den dritten Platz weltweit nach den USA und China. Im vergangenen Jahr stiegen die Aufwendungen demnach um 8,1 Prozent an – eine Folge sowohl der Ukraine-Krise als auch längerfristiger Mo-

dernisierungspläne. Für das Jahr 2015 sagt Sipri einen Anstieg der russischen Militärausgaben um rund 15 Prozent voraus. Die schwere Wirtschafts- und Währungskrise im Land könne dem aber entgegenwirken.

In den USA sanken die Ausgaben aufgrund von Einsparungen im Verteidigungsetat um 6,5 Prozent auf 610 Milliarden Dollar. Seit 2010 beträgt der Rückgang laut Sipri 20 Prozent. Dennoch machen die USA-Ausgaben 34 Prozent der weltweiten Militärinterventionen aus. Deutschland belegt laut Sipri mit geschätzten 46,5 Milliarden Euro beziehungsweise einem Anteil von 2,6 Prozent den achten Platz bei den Militärausgaben. Kommentar Seite 2



Militärparade mit Panzern in Warschau. In Polen steigen die Rüstungsausgaben. FOTO: DPA

INHALT

Familienanzeigen	6
Fernsehen	19
Lesermeinung	6
Rätsel & Roman	21
Tipps & Termine	20
Veranstaltungsanzeigen	27
Verbraucher	18

H 7166 • 28189 BREMEN



BREMEN

Wartezeiten auf Psychotherapie

Bremen. Der zehnte Teil unserer Serie „Offene Wahl“ beschäftigt sich mit der Gesundheitsversorgung in Bremen. Ein drängendes und seit Langem bestehendes Problem sind die Wartezeiten auf einen Platz bei einem Psychotherapeuten. Sie liegen im Schnitt bei bis zu sechs Monaten. Dabei gäbe es Lösungsansätze, wie diese Wartezeiten verkürzt werden könnten. Eine Patientin berichtet außerdem, dass Krankenkassen immer häufiger Druck auf Versicherte ausüben, die Krankengeld beziehen. Seite 10

Bremen-Wahl



KULTUR

Emigholz weist Kritik zurück

Bremen. Die Zukunft der Weserburg soll ein angedachter Kontrakt der Senatsbehörde zumindest für die nächsten fünf Jahren sichern. Kulturstaatsrätin Carmen Emigholz (SPD) erläuterte in einem Gespräch mit dem WESER-KURIER diesen Vorstoß der Behörde, den Emigholz auch bereits öffentlich dem Vorsitzenden des Stiftungsrates unterbreitet hat. Außerdem wies Emigholz in dem Gespräch eine Einflussnahme der Behörde auf das umstrittene Friedel-Gutachten entschieden zurück. Der Gutachter habe völlig autonom gehandelt und habe obendrein auch andere Empfehlungen als die Kulturbehörde gegeben, so Emigholz. Seite 18

WIRTSCHAFT

Oettinger zu Besuch in Bremen

Bremen. EU-Kommissar Günther Oettinger war nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit zu Gast in Bremen. Vor einem ausgewählten Publikum sprach er im Schütting über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Wirtschaft in Europa – und zeichnete ein düsteres Bild. „Die digitale Revolution hat keine Zeit für uns“, sagte er. Oettinger machte deutlich, wo Deutschland und die EU noch Nachholbedarf haben. Seite 15

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
18°	8°	30%

Teils stark, teils locker bewölkt
Ein Hoch über dem Südwesten Deutschlands bestimmt in weiten Teilen Mitteleuropas das Wetter.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 8 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell